



Ruth Schmidt, Rauherin im Strickhandschuhwerk Polar, Karl-Marx-Stadt, gehört zu den zehn Kolleginnen der „Brigade der DSF“ im Betriebsteil 1/5, die von der Teilzeit- zur Vollbeschäftigung übergegangen sind.

Foto: Wolfgang Ebert

Eltern selbst nennen mit Stolz die Zahl ihrer Kinder. Gerade in diesen Familien ist auch die gerechte Arbeitsteilung im Haushalt zwischen Mann und Frau schon weit fortgeschritten.

Noch nicht zufriedenstellend für Kinderreiche ist das Angebot der Bekleidungsindustrie, die Waren sind nicht immer pflegeleicht genug. Auch die Wartezeiten bei Kinderärzten sind noch zu lang. Dazu beschloß auf Vorschlag der Frauenkommission das Sekretariat der Stadtleitung konkrete Maßnahmen. Es empfahl auch den Genossen des FDGB-Stadtvorstandes, konsequenter die Richtlinien für die Arbeit mit kinderreichen Familien durchzusetzen.

Das Sekretariat orientierte die Genossen der Koordinierungsgruppe beim Rat der Stadt darauf, ihre Arbeit besser mit den Stadtbezirken abzustimmen. Daraufhin sind Komplexvereinbarungen für das gemeinsame Vorgehen getroffen worden.

Zeitgewinn durch Intensivierung

Ausgehend vom gemeinsamen Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Zeitraum von 1976 bis 1980 vom 27. Mai 1976, führte die Frauenkommission differenzierte Gespräche mit Funktionären der Grundorganisationen und Kolleginnen der Betriebe mit hohem Frauenanteil. In ihrem Ergebnis wurde ein Sekretariatsbeschluß gefaßt.

Auf einer Stadtleitungs Sitzung machte die Frauenkommission auf ideologische Probleme aufmerksam, die bei der Verwirklichung dieses Beschlusses aufgetreten sind. So hatten ältere Frauen die vorbildlichen Bedingungen für die werktätigen Mütter mit denen verglichen, die sie bei der Geburt ihrer Kinder hatten. Manche meinten: „Den jungen Frauen wird alles leicht gemacht. Spielen sich aber nicht die sozialpolitischen Maßnahmen auf unserem Rücken ab?“ Ihnen erklärten die Genossen, daß unser Staat heute in der Lage ist, für Millionen Menschen die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen entscheidend zu verbessern, weil auf der Grundlage eines raschen Entwicklungstempos unserer Produktion, der Steigerung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität hierfür die Voraussetzungen geschaffen werden. Keiner kann doch von der Hand weisen, daß es den

Information

Es geht um ein vertretbares Risiko

Vor den Genossen der Forschung und Entwicklung im VEB Ernst-Thälmann-Kombinat Magdeburg stehen Aufgaben in neuen Größenordnungen, die auch eine neue Qualität in der politisch-ideologischen und ökonomisch-organisatorischen Arbeit verlangen. Diese Aufgaben erfordern den kämpferischen Einsatz aller Genossen. So wollen sie nach der auf der 5. Tagung des ZK der SED genannten Orientierung handeln und in der Forschung einen solchen Weg ein-

schlagen, der ein vertretbares Risiko einschließt. Die Genossen sagen, wer sich heute in der Forschung und Entwicklung keine Ziele stellt, die ins Neuland führen, wird kaum den höchsten volkswirtschaftlichen Ansprüchen genügen. Deshalb sieht die APO Forschung und Entwicklung ihre Aufgabe auch darin, den Mut zu einem volkswirtschaftlich vertretbaren Risiko bei allen Genossen und Kollegen zu fördern und zu unterstützen.

Der Maßstab der Parteiarbeit in der

Forschung und Entwicklung kann deshalb nur sein, mit geringstem Aufwand Spitzenleistungen zu erreichen, die für das Kombinat und für den Anwender von hohem Nutzen sind. Denn die Forschung und Entwicklung hat bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Der Parteisekretär, Genosse Martin Heße, übergab dem APO-Sekretär, Genossen Ulrich Bremer, einen konkreten Parteiauftrag, der dazu beitragen soll, die Leistungen der Forschung weiter zu erhöhen.

(NW)